

# **Stellungnahme zum Arbeitsdokument (Erster Entwurf) für die Europäische Ökumenische Versammlung 1989**

## **Christliche Friedenskonferenz**

„...Es gibt keinen wahren Frieden ohne Gerechtigkeit; denn die Entzweiungen und Kriege sind Folge von Haß und Ungerechtigkeit in allen Formen, von Ungleichheit und dem Fehlen richtiger Proportionen bei der Verteilung und dem Besitz der lebensnotwendigen Güter der Erde wie der menschlichen Kultur.“

(CFK-Dokument des Jahres 1963)

### **Die Europäische Ökumenische Versammlung - Etappe auf dem Weg zu „Frieden und Gerechtigkeit“ weltweit**

Als Mitglieder einer weltweiten ökumenischen Bewegung, die ihren Ausgang in Europa auf dem Höhepunkt des „Kalten Krieges“ nahm und nunmehr Kirchen, christliche Gruppen und Einzelpersonen in allen Erdteilen umfaßt, begrüßen wir die Einberufung der „Europäischen Ökumenischen Versammlung“ nach Basel. Wir sehen in dieser Versammlung ein wichtiges Ereignis im erdumspannenden Ringen um Frieden und Gerechtigkeit, das richtungsweisend auch für die Weltkonvokation des ÖRK 1990 in Seoul wirken wird.

Wir unterstützen nachdrücklich das im „Ersten Entwurf“ vorgelegte Arbeitsdokument der Konferenz Europäischer Kirchen und des Rates der Europäischen Bischofskonferenzen in seiner Grundstruktur wie in wesentlichen Einzelaussagen. Wir halten die darin formulierten theologischen und sozialetischen Positionen für elementare Bestandteile eines authentischen Friedenszeugnisses europäischer Christen, das in Basel weiter entfaltet und konkretisiert werden muß.

Dies betrifft insbesondere die deutliche Akzentuierung von Schuldbekennnis und Buße als unabdingbare Voraussetzungen eines Neubeginns (s. Entwurf S. 4); ferner die untrennbare Verbindung von Frieden und Gerechtigkeit (S. 8, Abs. 4); schließlich den Hinweis auf einen Zusammenhang zwischen Ökumene, Ökologie und Ökonomie (S. 13) und auf bestimmte Wirtschaftsformen als Ursache für soziale und ökologische Zerstörung (S. 4, Abschn. 1).

**Wir meinen, daß diese Grundpositionen nicht nur festgehalten, sondern noch wesentlich präzisiert werden müssen:**

- daß europäische Schuld bis hin zum Genozid an Völkern anderer Kontinente deutlich zu benennen und über effektive Wiedergutmachung nicht nur in Form von Schuldenerlaß (S.15), sondern auch von Kompensationsleistungen und strukturellen Neuordnungen (Neue Internationale Wirtschaftsordnung) nachzudenken ist;

- daß der Zusammenhang von globalem Unfrieden und sozial-ökonomischen Strukturen der Ungerechtigkeit (S. 4, Abschn. 6/7) bzw. auf der anderen Seite die hoffnungsvolle Perspektive von Abrüstung und Entwicklung klarer herauszuarbeiten ist;
- daß generell die Bedeutung ökonomischer Faktoren und Interessen im globalen Wirkungsgeflecht auf der Ost-West- und der Nord-Süd-Achse wesentlich stärker analysiert und reflektiert werden muß, um die „Strukturen der Sünde“ (S. 11) zu definieren.

Wir glauben, daß sich an diesen drei Punkten wesentlich entscheiden wird, ob die Baseler Versammlung in den Augen der „3. Welt“ Glaubwürdigkeit erlangen kann. Diese Glaubwürdigkeit bei den „Armen“ außerhalb (wie auch innerhalb) Europas sollte noch stärker als das entscheidende Kriterium bemüht werden, an dem sich die europäische Christenheit messen lassen muß.

Ein letzter Punkt betrifft die Art, wie der Entwurf des Baseler Dokumentes den gesellschaftspolitischen Realitäten Europas Rechnung trägt, speziell im Blick auf die „Zweite Welt“. Diejenigen Christen, die in sozialistischen Ländern zuhause sind, haben das Gefühl, daß sie in diesem Dokument eigentlich nicht vorkommen. Wir halten es nicht für sachdienlich, daß die beiden Gesellschaftsordnungen von Kapitalismus und Sozialismus, die den europäischen Kontext entscheidend prägen, an keiner Stelle benannt werden und so fast zwangsläufig im Dokument der Eindruck einer eher westeuropäischen Ausrichtung entsteht. Der Sozialismus befindet sich in einem Prozeß der Erneuerung: daraus können sich positive Konsequenzen für den Weltfrieden ergeben. Deshalb halten wir im Interesse eines wirksamen Beitrages der europäischen Christen zu einer kontinentalen und globalen Friedensordnung eine differenziertere Darstellung für notwendig.

### **„Friede als Frucht der Gerechtigkeit“ - eine biblisch-theologische Grundstruktur**

Die Einsicht in die Unteilbarkeit von Frieden und Gerechtigkeit gehört zu den tragenden Erkenntnissen unseres über dreißigjährigen Aktions- und Reflexionsprozesses. Obwohl durch eine europäische Initiative entstanden, war der CFK von Anfang an klar, daß Frieden ohne Gerechtigkeit nicht realisierbar ist. Diese Erkenntnis entwickelte sich im Spannungsfeld von intensiver Rückfrage nach den zentralen Inhalten der biblischen Texte einerseits und des Bemühens um politische und ökonomische Analyse der gegenwärtigen Weltrealitäten von Krieg, Unterentwicklung und Rassismus andererseits.

Der Mensch von Gott aus dem Stoff der Erde wie aus der Rippe „seines Mitmenschen“ geschaffen, ist auf elementare Weise zu partnerschaftlichem, fürsorglichem Umgang mit seiner Mitkreatur in allen Dimensionen des sozialen und ökologischen Beziehungsgefüges bestimmt. Die Bibel manifestiert diesen schöpfungsgemäßen, universalen Heil- und Friedenswillen Gottes, indem sie durch Jahrhunderte historischer Abläufe hindurch die immer neue Intervention Gottes zugunsten der Armen, Schwachen, Entrechteten schildert. Immer neu stiftet Gott Versöhnung, indem er sich zum Anwalt der Bedrückten macht und die Niedergetretenen aufhebt; immer neu durchkreuzt er den Selbstlauf der Dinge, indem er seine Gerechtigkeit gegen das Recht der Stärkeren durchsetzt. Er läßt seine besondere Zuwendung Kains kleinem Bruder Abel zuteil werden, er befreit das bis an

die Grenze der Vernichtung gepeinigtes Sklavenvolk Israel aus der Gewalt des Pharaos; er ergreift die Partei Davids gegen Goliath; er nimmt in Jesus Christus schließlich selbst die Gestalt eines Sklaven an bis hin zur äußersten Erniedrigung und Ohnmacht des Kreuzes.

### **„Frieden aus Gerechtigkeit“ - gegen die Versuchung des „billigen“ Friedens**

Der Friede Gottes, der sich gründet auf die Wiederherstellung von Gerechtigkeit, ist kein „billiger“ Friede. Er nennt das Unrecht beim Namen, bleibt unversöhnlich gegenüber den Mächten und Gewalten der Zerstörung, läßt sich nicht einbinden in die Mechanismen der Menschenvernichtung und bleibt gerade darin die permanente, niemals widerrufene Einladung Gottes zu Buße, Umkehr und Neuanfang.

Diesen Frieden in Europa und vor den Augen der Welt im Jahre 1989 glaubwürdig zu bezeugen, erfordert nicht nur ein klares Votum für Gerechtigkeit, sondern auch ein deutlich hörbares Schuldbekenntnis. Gegenwärtig erscheint es nicht mehr undenkbar, daß die Industrienationen aus wohl begründetem Eigen- und Überlebensinteresse im militärischen wie auch ökologischen Bereich zu einem Friedensschluß gelangen. So sehr dies zu den hoffnungsträchtigen Entwicklungen unserer Zeit gehört, so dringend notwendig ist es andererseits, daß die Kirchen in Europa Gottes vorrangige Option für Gerechtigkeit theologisch wie auch politisch eindeutig artikulieren. Denn eine Einigung in der Frage des Friedens und der Abrüstung darf nicht zulasten der Gerechtigkeit für die Unterprivilegierten gehen.

Dies würde zugleich voraussetzen, daß die europäischen Christen in Basel ein Schuldbekenntnis zu sprechen beginnen (s. Entwurf S. 3f), in dem sie ihre Mitverantwortung eingestehen für eine endlose Kette der Gewalt, Ausplünderung und Zerstörung, die von Europa aus über die Welt kamen: für die fünfhundert-jährige Geschichte des Kolonialismus, für zwei Weltkriege, für die ungeheuren militärischen, ökonomischen und ökologischen Vernichtungspotentiale, mit denen europäische Nationen eine räuberische und zerstörerische Vorherrschaft ausübten.

Ein solches Schuldbekenntnis und die damit verbundene Absage an die „billige Gnade“ würde den Weg zur Umkehr öffnen und dazu beitragen, daß Europa zu einem „gemeinsamen Haus“ für die europäischen Nationen wird, von dem Frieden und Gerechtigkeit für die gesamte Erde ausgehen.

### **„Frieden in Gerechtigkeit“ - Alternative zu Profitmaximierung und Ressourcenvernichtung**

„Frieden in Gerechtigkeit“ - das bedeutet für uns: Das zukünftige „gemeinsame europäische Haus“ muß seiner inneren und äußeren Gestalt nach dem Frieden und der sozialen Gerechtigkeit und damit der Teilhabe aller an den lebenswichtigen Gütern der Erde und an den kulturellen Errungenschaften verpflichtet sein.

Wir können deshalb nicht einer Festschreibung oder gar weltweiten Durchsetzung der auf Profitmaximierung und Ressourcenvernichtung basierenden, kapitalistischen Form des Wirtschaftens zustimmen, in deren Folge Völker und ganze Kontinente der ökonomischen Aggression, der wirtschaftlichen Ausbeutung und der kulturellen Uniformierung ausgesetzt werden.

Europa ist der Kontinent, auf dem ein Teil der Völker, beginnend mit dem Jahr 1917, neue Wege der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gestaltung eingeschlagen hat, die gesamtgesellschaftliche Gerechtigkeit zum Ziel haben. Dabei ist vieles geschaffen worden, das einen wirklichen Fortschritt in der Menschheitsgeschichte darstellt und vielen Völkern - nicht nur in der sogenannten „Zweidrittel-Welt“ - als hoffnungsvolle Alternative erscheint.

Zugleich wissen wir aber auch um die gravierenden Probleme, denen die sozialistischen Staaten heute gegenüberstehen. Grundlegende politische und soziale Wandlungen, das zeigt die Geschichte der Menschheit, haben sich nur über lange Zeiträume herausgebildet. Oftmals schien die Rückkehr zu den „alten Ordnungen“ der Abhängigkeit und der Unterdrückung attraktiver und naheliegender als ein weiteres Ringen um eine neue Form der Lebensgestaltung. Auf dem Hintergrund des bisher Erreichten hat jedoch der Sozialismus noch viele bisher unerschlossene Potentiale, um zur Lösung der Menschheitsprobleme beizutragen.

### **„Frieden in Gerechtigkeit“ - Europas Beitrag zu einer neuen Weltwirtschaftsordnung**

Das Ringen um eine sozial gerechte, die natürlichen Ressourcen schonende wirtschaftliche und politische Ordnung ist und bleibt Aufgabe der Christen und aller verantwortlich denkenden Menschen, wenn die Menschheit überleben soll. Die Zerstörung der alternativen Ansätze und ihre Rückführung in die alte, auf Profitmaximierung gerichtete Ordnung würde die globalen Krisen weiter verschärfen.

„Frieden in Gerechtigkeit“ bedeutet für uns deshalb die Fortführung unseres Engagements für die Materialisierung des „Helsinki-Prozesses“. In diesem Sinne müssen wir als europäische Christen, die in unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen leben, mit der Umgestaltung unseres „gemeinsamen europäischen Hauses“ unseren Beitrag leisten für die Überwindung von Kolonialismus, Rassismus und Ausbeutung. Ein Schritt in diese Richtung ist die Schaffung einer „Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“, wie sie von der UNO konzipiert wurde, um den globalen Ausplünderungsmechanismen Schranken zu setzen und den Entwicklungsländern zu einer gleichberechtigten Stellung in der Weltwirtschaft zu verhelfen. (s. Entwurf S. 14f)

### **„Frieden in Gerechtigkeit“ - Streitkultur und Zusammenarbeit statt Konfrontation**

Insoweit die „Spaltung“ Europas Ausdruck dafür ist, daß einige europäische Völker neue Wege der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gestaltung gegangen sind und die Errungenschaften dieses Weges zu schützen und zu behaupten versuchen, können wir in der Trennung Europas in zwei Systeme nicht nur ein Negativum sehen. (s. Entwurf S. 14, 1. Abschnitt) Unser Beitrag als Christen zu „Frieden in Gerechtigkeit“ sollte sein, das Recht jedes Volkes auf seinen politischen Weg anzuerkennen und denen entgegenzutreten, die aus der Gegensätzlichkeit der Wege einen Anlaß für Konfrontation, weitere Aufrüstung und Diskriminierung machen wollen. Im „gemeinsamen Haus Europa“ muß eine Streitkultur entwickelt werden, die Zusammenarbeit auf der Grundlage übergreifender Interessen einübt.

Die Unterschiedlichkeit der Wege anzuerkennen heißt auch, genauestens zu differenzieren hinsichtlich der historischen und aktuellen Gründe für die globalen Krisen. Eine solche Differenzierung bedeutet nicht, bestehende Schuld bzw. schuldhaftige Verwicklung in die globalen Krisen zu verniedlichen oder wegzureden, sondern zielt darauf, tatsächlich bestehende unterschiedliche Verantwortlichkeiten als Ansatz für Veränderungen zu erkennen und zu nutzen. Dies gilt z.B. für die unterschiedliche Rolle, die die einzelnen Länder und ihre Kirchen im Prozeß der Kolonisierung innehatten; ähnliches gilt für die Haltung gegenüber dem Faschismus und während der Zeit der deutschen Okkupation im letzten Weltkrieg. (s. Entwurf S. 3)

Dies gilt auch für den Anteil der politischen Systeme an der Hochrüstung. Auf dem Hintergrund der weitreichenden Abrüstungsvorschläge und der neuerlichen einseitigen Abrüstungsvorschläge der UdSSR und anderer Warschauer Paktstaaten zeigt sich erneut deutlich, wie sehr das Festhalten der führenden Nato-Staaten an der Abschreckungsdoktrin nicht nur gefährlichen politischen Vorstellungen entspringt, sondern offensichtlich auch wirtschaftlichen Interessen.

### **„Frieden in Gerechtigkeit“ - Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung**

Während in den sozialistischen Ländern Entscheidungen getroffen werden, die auf eine Entlastung der Volkswirtschaften von Rüstungsaufwendungen und auf eine Reduzierung der bestehenden Bewaffnung und Truppenstärke zielen, wird in den führenden Nato-Ländern an neuen Rüstungsprogrammen gearbeitet. Die weltwirtschaftlichen und ökologischen Folgen dieser Rüstungsprogramme werden verheerend sein (weltweiter Abzug von Kapital und Ressourcen zugunsten von Rüstung, Anstieg der Haushaltsdefizite usw.)

Die Entwicklung und Bereitstellung der neuen Waffensysteme erfolgt im Zeichen einer Revitalisierung der „Abschreckung“. Dadurch droht der mit dem INF-Vertrag in Gang gekommene Abrüstungsprozeß abgebrochen und in sein Gegenteil verkehrt zu werden. Angebote zur Überprüfung und Überwindung der bisherigen Sicherheitsdoktrin, wie sie von den Warschauer Paktstaaten unterbreitet und seit Jahren von der demokratischen Öffentlichkeit gefordert werden, blieben bisher unbeantwortet.

Angesichts des hohen Industrialisierungsgrades unseres Kontinentes, der Vielzahl chemischer Fabrikationsanlagen und des dichten Netzes an Atomkraftwerken würde auch ein „konventionell“ geführter Krieg das Ende für die Zivilisation in Europa bedeuten und schreckliche Folgen für andere Erdteile mit sich bringen.

Die Baseler Versammlung muß deshalb ein klares Wort der Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung sprechen. Dies schließt die Absage an alle „Kompensationspläne“ ebenso wie die Absage an neue Waffensysteme und -technologien ein. Zugleich sollte sie die Pläne zur Ausarbeitung neuer Sicherheitskonzepte unterstützen, die den Prinzipien der gemeinsamen Sicherheit und der strukturellen Angriffsunfähigkeit verpflichtet sind. (s. Entwurf S. 16)

Die Überwindung der Abschreckung und der damit einhergehende Prozeß der Vertrauensbildung zwischen bisher verfeindeten Staaten würde zu einem Umbau der

Streitkräfte führen und Finanzmittel und Ressourcen freisetzen. Die Baseler Versammlung sollte sich für die Schaffung internationaler Mechanismen aussprechen, die garantieren, daß diese Mittel für Entwicklung und den ökologischen Umbau der Volkswirtschaften eingesetzt werden.

## Frühjahr 1989

### Eine Stimme aus der Afrikanischen CFK

1. In dem Arbeitsdokument gibt es zahlreiche Zitate von Papst Johannes Paul II; der Text würde an Objektivität und Tiefe gewinnen, wenn man auch aus Erklärungen oder Aktionsberichten des ÖRK, des Initiators des JPIC-Programms, zitieren würde.

2. Bei der Untersuchung der Ursachen für die gegenwärtige internationale ökonomische Unordnung sollte folgendes nicht vergessen werden: der Machthunger der Europäer; ihre Entschlossenheit, immer reicher zu werden; der Mißbrauch des „Christentums“ als Deckmantel für ihre Eroberungen; und die jahrhundertlang praktizierten Völkermorde und Sklavenverträge. Während Worte wie „Eroberungen“ und „Kolonialisierung“ im Dokument erscheinen, werden nirgendwo, nicht einmal in dem Sündenbekenntnis auf S. 1, die Begriffe „Völkermord“ (an amerikanischen Indianern, den Ureinwohnern in Australien und Neuseeland etc.) oder „Sklavenverträge“ (unter denen Afrika so zu leiden hatte und die in Afrika und Amerika immer noch erschütternde Auswirkungen haben), erwähnt.

3. Wird das auf S. 14 definierte „europäische Haus“ (weiterhin) das Haus eines menschenfressenden Ungeheuers sein, in dem alle, die darin wohnen, ihre Ressourcen zusammenlegen, um die andern, die nicht zur „Familie“ gehören, verschlingen und vernichten zu können? (vgl. den Berliner Kongreß von 1885, der Afrika unter die Europäer aufteilte).

4. Was erwarten wir in den unterentwickelten Ländern von den Kirchen und Christen in Europa? (S. 16): „Gerechtigkeit und nicht Almosen“.

5. Es ist bedauerlich, daß das Arbeitsdokument im Zusammenhang mit der Schaffung einer gerechten internationalen Wirtschaftsordnung (S. 15) nur von „geeigneten Maßnahmen“ (wofür und für wen geeignet?) spricht statt von einer radikalen und schnellen Strukturveränderung. Deshalb wird auch in der Liste der zur Beachtung empfohlenen und in effektives Handeln umzusetzenden UNO-Konventionen und Deklarationen die Erklärung über die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (Mai 1974) vergessen. Die Europäer sollten nicht nur das Schuldenproblem der unterentwickelten Länder studieren, sondern u.a. auch (wie es in der vergessenen Erklärung heißt) sich Gedanken machen über Entschädigungszahlungen an die ehemaligen Kolonien als Ausgleich für deren Über-Ausbeutung speziell im Blick auf nichterneuerbare Ressourcen (Bodenschätze, tropische Regenwälder u.ä.).

6. Hinsichtlich der Bewahrung der Schöpfung sollte man sich (dem Brundtland-Report „Unsere gemeinsame Zukunft“ folgend) nicht nur Gedanken machen über die Behandlung und Kontrolle dessen, was uns allen gehört (Ozeane, Atmosphäre), sondern auch darüber, wie man der Tatsache abhilft, daß in vielen

Entwicklungsländern „die gegenwärtig herrschenden internationalen Wirtschaftsbeziehungen ein ernstes Problem für den Umgang mit der Umwelt darstellen“. So zwingen z.B. „Schulden, die nicht zurückbezahlt werden können, die auf die Kommerzialisierung der Rohstoffe angewiesenen Afrikaner dazu, ihrem schwachen Boden viel zu viel abzuverlangen und damit ursprünglich fruchtbares Land in Wüste zu verwandeln“.

Was die Bodenschätze betrifft, verweist der Brundtland-Report darüber hinaus darauf, daß die Tropen, die mindestens 2/3 aller auf der Erde zu findenden Arten (und einen noch größeren Anteil der gefährdeten Arten) beherbergen, mehr oder weniger dem entsprechen, was man „Dritte Welt“ nennt, d.h. also den Ländern, die (weil sie arm sind) am wenigsten dazu in der Lage sind, damit richtig umzugehen. „Die Armut ist demzufolge wirklich sowohl Folge wie Ursache der Umweltprobleme der Welt.“

Rahantavololona RAZAFINDRAKOTOHASINA ANDRIAMANJATO

(Dezember 1988 Antananarivo, Madagaskar)